

Weshalb auch Basel dem Zwang des Kunstmarktes unterliegt, sein Kunstmuseum massiv zu erweitern. >50



Schweiz am Sonntag, Nr. 13, 3. April 2016

Grünliberale wollen mit Katja Christ in die Basler Regierung. Sie trete besser auf als linke Frauen. >58

Tag der offenen Tür
Montag, 11. April 2016, 8.30 bis 15.00 h

Kindergarten | Primarschule
Theodorskirchplatz 7, Tel. 061 683 96 01
Sekundarstufe I
St. Alban-Vorstadt 32
Telefon 061 278 98 888

Vorteil MINERVA
www.minervaschulen.ch

BASEL 49

Baselland bleibt auf Asylmillionen sitzen

In der Finanzdirektion von CVP-Regierungsrat Anton Lauber tut man sich schwer, den Überschuss zu erklären

Im Baselbiet bleibt jährlich mehr als eine Million Franken Bundesgelder für Flüchtlinge übrig. Der Kanton schüttet das Geld an die Gemeinden aus, ohne Bedingungen zu stellen.

VON ANNIKA BANGERTER

Der Ton des Schreibens des kantonalen Sozialamtes Basel-Landschaft klingt beschwingt: «Wir freuen uns, Ihnen einen Auszahlungsbetrag für die Flüchtlinge zukommen zu lassen.» Die Briefe flatterten Ende Januar in die Briefkästen aller Baselbieter Gemeinden, die B-Flüchtlinge aufgenommen hatten. Das sind jene Menschen, die in der Schweiz Asyl erhielten und somit in der Regel hierbleiben.

Erst kürzlich wiederholte der Luzerner Regierungsrat Guido Graf (CVP) seine Kritik, dass es an finanziellen Mitteln fehle, um anerkannte Flüchtlinge fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Er warnte, dass der Weg dieser Menschen in die Sozialhilfe führe, spräche der Bund nicht mehr Gelder.

DIESE BEFÜRCHTUNGEN scheint der Kanton Basel-Landschaft nicht zu hegen. Recherchen zeigen: Der Kanton erhielt im vergangenen Jahr vom Bund insgesamt 14,5 Millionen Franken für die Betreuung, Unterbringung und Eingliederung der anerkannten Flüchtlinge. Davon blieben 1,3 Millionen Franken übrig. Statt die Bundesgelder zweckgebunden einzusetzen, schüttete sie der Kanton nach dem Giesskannenprinzip an die Gemeinden aus.

Doch kommt das Geld damit jenen zugute, denen es zusteht? Der Baselbieter Asylkoordinator Rolf Rossi will dazu nichts sagen. Er verweist auf seinen Vorgesetzten, den Leiter des kantonalen Sozialamtes Sebastian Helmy. Dieser sagt, dass die Gemeinden «angehalten seien», die Gelder für die «Kosten im Flüchtlingsbereich» zu verwenden. Bedingungen würden aber an die Vergabe nicht geknüpft. Der Brief an die Gemeinden



ASYLSUCHENDE ZIEHEN INS TENNISCLUBHAUS

Das frühere Clubhaus des Swisscom-Tennisclubs in Ettingen steht seit einigen Jahren brach. Nun ziehen im Sommer Asylsuchende ein. Die Gemeinde hat von der Areal-Besitzerin, der Baselland Transport AG, das Haus gemietet und startet Anfang Juni mit den Renovierungsarbeiten. Wie der Gemeindevorwalter Hans Rudolf Aeberhard auf Anfrage bestätigt, schafft Ettingen damit eine zweite Unterkunft für bis zu zwanzig Asylsuchende. Die Gemeinde betreibt seit mehreren Jahren gegenüber eine Asylunterkunft mit knapp dreissig Plätzen. «Ende Jahr wurden wir vom Kanton aufgefordert, dass wir die Asyl-Quote von einem Prozent hinsichtlich der Einwohnerzahl sicherstellen müssen. Deshalb suchten wir eine weitere Unterkunft», sagt Aeberhard. Die Gemeinde trägt die Umbaukosten von 90 000 Franken. Die Unterbringung und Betreuung bezahlt der Kanton mit Bundesgeldern. (ABA)

Der Baselbieter Asylkoordinator Rolf Rossi.
KENNETH NARS

bestätigt dies: Weder eine Buchungsanweisung noch ein Verwendungszweck ist darin aufgeführt. Deshalb landen die Gelder in den allgemeinen Sozialhilfetöpfen der Gemeinden. Wie viel davon tatsächlich den Flüchtlingen zugutekommt, ist unklar.

VOM UNVERHOFFTEN GELDSEGEN profitierte auch die Stadt Liestal. Dennoch ist dieser für Stadtpräsident Lukas Ott kein Grund zur Freude, im Gegenteil: «Der Betrag erscheint wie ein Lotto-Gewinn. Das hat nichts mit einem Geschäft zu tun, in dem Führung stattfindet. So können die Gemeinden keine zielgerichteten Mass-

nahmen für die Flüchtlinge entwickeln, die sich an den konkreten Bedürfnissen orientieren.» Er kritisiert, dass der Kanton nach dem «Prinzip der Intransparenz» im Asylbereich arbeite und den Gemeinden keine Führungszahlen zur Verfügung stelle.

Der Liestaler Stadtpräsident kämpft schon länger dafür, dass der Kanton offenlegt, wie viele Asylsuchende von den einzelnen Gemeinden aufgenommen werden. Bis heute weigert sich jedoch Asylkoordinator Rossi, die Quoten zu nennen. Konfrontiert mit dem Überschuss in Millionenhöhe verlangt Ott nun auch Einsicht in die Geldflüsse zwi-

schen Bund, Kanton und Gemeinden. «Wir können weder abrufen, wie viel Geld uns zur Verfügung steht, noch auf welchen Grundlagen abgerechnet wird. Der Kanton macht aus den Bundesgeldern eine reine Blackbox», sagt Ott. Er fordert, dass der Kanton für jede Gemeinde ein separates Asyl-Konto führt. Darauf könnte dann auch der Überschuss verbucht werden.

Nicht zum ersten Mal bleibt im Baselbiet am Ende des Abrechnungsjahres Geld übrig. Bereits im Vorjahr brauchte der Kanton 1,4 Millionen Franken der Bundesgelder für anerkannte Flüchtlinge nicht. Wie ist das möglich? Auch auf

diese Frage verweist der Baselbieter Asylkoordinator auf den Sozialamtchef. Dieser antwortet ausweichend: «Den Gemeinden werden die möglichen abrechenbaren, effektiven Kosten zu hundert Prozent vergütet.» Der Überschuss sei die Differenz zwischen den effektiven Kosten und den Bundesgeldern.

Ein Blick auf die Nachbarkantone Aargau und Basel-Stadt zeigt indes: In beiden Kantonen überstiegen die Gesamtkosten des Kantons die erhaltenen Asylgelder des Bundes. Ein freudiger Brief des kantonalen Sozialamtes flatterte dort in keinen einzigen Gemeinde-Briefkasten.

INSERAT



stClaraspital

In besten Händen.

Wenn das Herz aus dem Takt gerät

Montag, 11. April 2016

19.00 Uhr in der Messe Basel L'Entrée, Halle 3, Riehenring 118

Beim anschliessenden Apéro stehen die vortragenden Ärzte für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Eintritt frei

www.claraspital.ch